

K11 Sicher leben in einer sauberen Stadt (Sicherheit und Ordnung)

Antragsteller*in: Oliver Kossack (Frankfurt-Oder KV)

Text

1772 **Sicher leben in einer sauberen Stadt**

1773 Frankfurt (Oder) ist eine schöne Stadt mit vielen Grünanlagen, der Promenade an
1774 der Oder, den Straßen und Plätzen. Aber unsere Stadt wirkt an vielen Stellen
1775 ungepflegt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten, dass die Stadt mehr Aufwand für
1776 Ordnung und Sauberkeit betreiben will. Denn wo weniger Müll liegt und es weniger
1777 kaputte oder verfallene Gebäude und Einrichtungen gibt, ist die Hürde auch
1778 größer, noch weiter zu so einer Entwicklung beizutragen. Doch das Engagement der
1779 öffentlichen Hand wird hier nicht reichen. Deshalb unterstützen wir Initiativen
1780 von Bürger*innen, die ergänzend zu den Aktivitäten der Stadt für mehr Ordnung
1781 und Sauberkeit sorgen, wie z.B. die vielfältigen Aktionen im Lenné-Park, die
1782 Osterglocken-Aktion in Güldendorf, die Spielplatz-Aktion im Wohngebiet
1783 Paulinenhof oder auch die Green-Sports-Initiative am Horten-Vorplatz. Sie
1784 zeigen, was die Frankfurter*innen erreichen können, wenn Sie gemeinsam anpacken.
1785 Wenn sich Bürger*innen mehr um ihre Stadt kümmern und sich mit ihr
1786 identifizieren, wird Zerstörung und Unsauberkeit schon in den Anfängen begegnet
1787 und damit auch ein Klima der Sicherheit in der Stadt befördert.

1788 Wie auch der Deutsche Städtetag feststellt, stehen in der Sicherheits- und
1789 Ordnungspolitik noch immer repressive Maßnahmen im Vordergrund. Für BÜNDNIS
1790 90/DIE GRÜNEN ist aber **Prävention das wichtigste Mittel zur Bekämpfung von**
1791 **Kriminalität und Gewalt**. Denn wir wollen Straftaten und Gewalt in der Stadt
1792 begegnen, bevor sie überhaupt entstehen.

1793 Das heißt ganz konkret, dass dieses Thema schon in der **Stadtplanung und**
1794 **Stadtentwicklung** mitgedacht werden muss. Der öffentliche Raum muss so gestaltet
1795 werden, dass eine ausreichende Beleuchtung oder die Vermeidung unübersichtlicher
1796 Flächen keine Unsicherheitsgefühle bei den Bürger*innen aufkommen lassen.
1797 Hierfür sind regelmäßige Begehungen solcher Bereiche notwendig, auch gemeinsam
1798 mit Bürger*innen.

1799 Weiterhin ist für eine präventiv ausgerichtete Sicherheitspolitik die Vernetzung
1800 aller Beteiligten von Bildung über Sozialarbeit bis hin zu Ordnungsamt und
1801 Polizei von zentraler Bedeutung. Denn nur durch eine **bereichsübergreifende**
1802 **Zusammenarbeit bei der Sicherheit** ist es möglich, Gefahrenlagen frühzeitig zu
1803 erkennen und angemessene Maßnahmen zu entwickeln sowie die Präventionsarbeit in
1804 der Stadt so zu steuern, dass die Angebote aller Beteiligten gezielt ineinander
1805 greifen. Um dies nachhaltig zu verankern, muss dieser Arbeit auch ein Konzept
1806 für die Präventionsarbeit in der Stadt zugrunde liegen, das regelmäßig überprüft
1807 und fortgeschrieben wird. Ankerpunkt einer solchen bereichsübergreifenden
1808 Steuerung könnte der Sicherheits- und Präventionsbeirat sein. Deshalb wollen wir
1809 dessen Aufgabenspektrum um weitere Themenfelder ergänzen und seine
1810 Zusammensetzung entsprechend anpassen.

1811 Auch bei noch so umfassenden Präventionsmaßnahmen wird es trotzdem zu
1812 Kriminalität, Gewalt oder Gefahrensituationen in der Stadt kommen. Hier sind zu
1813 allererst die Ordnungsbehörden gefordert, die bestehende Rechtslage umzusetzen
1814 und dadurch für Sicherheit zu sorgen. Dafür braucht es eine **ausreichende**
1815 **personelle Ausstattung von Polizei und Gerichten**, für die wir uns auf
1816 Landesebene weiterhin einsetzen werden.

1817 Gerade in der Innenstadt bestehen weiterhin Probleme mit Alkohol- und
1818 Drogenkonsum sowie mit Gewalttaten, insbesondere von Jugendlichen und jungen
1819 Erwachsenen. Als Mittel zur Lösung dieser Probleme lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1820 **Alkohol- oder Waffenverbotszonen und Videoüberwachung ab**, weil sie drastische
1821 Einschnitte in die Freiheitsrechte aller Bürger*innen darstellen und die
1822 eigentlichen Probleme nicht verringern, sondern nur verlagern. Kurzfristig kann
1823 bei akuten Konfliktsituationen eine erhöhte Präsenz von Ordnungskräften zur
1824 Befriedung beitragen. Im Sinne einer nachhaltigen Problemlösung halten wir aber
1825 auch hier präventive Maßnahmen, wie etwa bessere Bildungs- und Freizeitangebote
1826 oder gezielte Programme zur Gewaltprävention für Jugendliche, die Stärkung von
1827 **aufsuchender Sozialarbeit** an Brennpunkten – auch mit den notwendigen
1828 Sprachkenntnissen – für die bessere Lösung. Auch Räume für Trinker*innen mit
1829 sozialer Betreuung oder aufsuchende Suchtberatung sollten angeboten werden.